

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg - Ausgabe 06 / 2012

www.spd-nuernberg.de

Nürnberg

10 Jahre OB Maly

Uli Maly seit 2002 im Amt des Nürnberger Oberbürgermeisters

Seiten 4 und 5

Parteilieben

Die SPD ist und bleibt eine Mitgliederpartei

Unsere Partei lebt durch ihre Mitglieder: sie prägen das Gesicht der Sozialdemokratie

Seite 7

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn es nicht so traurig wäre, müsste man so richtig lauthals lachen. Die panischen Reaktionen der CSU auf unseren letzten Parteitag haben gezeigt, wie die Nerven bei der Union blank liegen. Sie haben schlicht Angst, auch noch bei ihrem vermeintlich wichtigsten Thema, der Wirtschaftspolitik, ins Hintertreffen zu geraten und haben dabei nicht bemerkt, dass sie da längst sind.

Ich frage mich, warum sich Herr Sebastian Brehm über unsere Arbeit lustig macht. Fakt ist, dass in dieser Amtszeit sieben wirtschaftspolitische Anträge der SPD im Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit diskutiert wurden. Von der CSU-Fraktion hingegen wurde in den vergangenen vier Jahren kein einziger Antrag beraten.

Da ist es schon dreist, zu behaupten, die SPD täte nichts. Außer markigen Worten haben die CSU-Fraktion und ihr Wirtschaftsreferent, was die regionale Wirtschaft anbelangt, bisher nichts auf die Reihe gebracht. Nur Kritik an uns zu üben, obwohl wir nachweislich etwas tun und anschieben, ist kein Nachweis von Wirtschaftskompetenz, sondern Ausdruck einer verschobenen Wirklichkeitswahrnehmung.

Eigene Impulse setzt die CSU ebenso wenig, wie sie ihren großen Worten Taten folgen lässt. Wir orientieren unsere Wirtschaftspolitik auch in der Zukunft an den Bedürfnissen unserer Stadt und unserer Zeit – und anders als die CSU können wir das auch belegen.

Herzliche Grüße



Christian Vogel

Für mehr Kitaplätze – gegen das Betreuungsgeld

Konzept ist eine Mogelpackung - SPD zeigt die rote Karte



VON CLAUDIA EICHINGER

■ Seit Wochen ist das geplante Betreuungsgeld für Eltern, die ihre Kinder nicht in eine Kita schicken, in aller Munde. Die Mehrheit der Deutschen hat sich gegen die Einführung ausgesprochen – und doch will CDU/CSU die umstrittene „Fernhalteprämie“ durchsetzen.

Pädagogische Studien zeigen aber, dass Kinder immens vom Kitabesuch profitieren, denn u. a. wird die Sprachentwicklung gefördert und die Bildungschancen erhöhen sich. CDU/CSU sieht jedoch im weiteren Ausbau von Kitaplätzen keine Chance, sondern nur Ausgaben: Schließlich kostet ein Kitaplatz ca. 1.000€ pro Monat, das Betreuungsgeld hingegen nur 100€.

Wie auch am gut besuchten SPD-Infostand in der Nürnberger Innenstadt am 14.05.2012 mit vielen Interessierten diskutiert, halten wir das Betreuungsgeld aber für eine Mogelpackung.

Eltern, die den Wiedereinstieg in den Beruf suchen, können nicht sicher auf einen Betreuungsplatz für ihre Kinder hoffen. Sie werden vom Arbeitsmarkt ferngehalten und verspielen so ggf. jede Chance auf berufliche Aufstiegsmöglichkeiten. Kinder, die vom Kitabesuch profitieren könnten, werden aufgrund eines finanziellen Anreizes zu Hause betreut. Das Betreuungsgeld und die damit fehlenden Kitaplätze lassen den Familien nicht die gebotene Wahlfreiheit für die Erziehung ihrer Kinder! ■

Gute Argumente gegen das Betreuungsgeld

BEHAUPTET WIRD:

Ein- und Zweijährige brauchen vor allem eine verlässliche Bindung zu den Eltern. Die bekommen sie mit der der Betreuung zu Hause. Der Ausbau der Kindertagesstätten für diese Altersgruppe ist deshalb nicht nötig.

UNSERE ARGUMENTE

Kleine Kinder brauchen eine gute und verlässliche Bindung zu ihren Eltern. Das gibt ihnen Sicherheit und Vertrauen. Elternverantwortung und Kinderbetreuung schließen sich nicht aus. Im Gegenteil: Sie gehören zusammen. Kitas sind nicht etwa irgendwelche „Kinderaufbewahrungsanstalten“, wie es gern von den Konservativen behauptet wird. Das sind die ersten Bildungsstätten, wo Kinder spielerisch an das Lernen und an den sozialen Umgang miteinander herangeführt werden. Das ist für alle Kinder gut – vor allem aber für diejenigen, die nicht das Glück haben, dass ihre Eltern ihnen zuhause alles bieten können. Wissenschaftliche Studien belegen: Durch den frühen Kitabesuch steigen die Bildungschancen der Kinder.

BEHAUPTET WIRD:

Das Betreuungsgeld unterstützt die Wahlfreiheit der Eltern. Ohne das Betreuungsgeld werden Eltern gezwungen ihre Kinder in einer Kita betreuen zu lassen.

UNSERE ARGUMENTE

Wahlfreiheit haben Eltern nur, wenn sie bei Bedarf einen Betreuungsplatz für ihr Kind bekommen. Die Mittel, die für das Betreuungsgeld ausgegeben würden, fehlen für den dringend notwendigen Ausbau der Kitaplätze. Denn ab 2013 gibt es einen Rechtsanspruch für einen Kitaplatz für alle Kinder ab dem 1. Lebensjahr. Wir wollen niemandem ein Familienmodell vorschreiben. Wir sind für echte Wahlfreiheit und die besteht erst:

- wenn alle, die einen Ganztagskita-Platz für ihr Kind suchen, diesen auch finden,
- wenn auf dem Arbeitsmarkt echte Chancengleichheit besteht,
- wenn endlich ein gesetzlicher und flächendeckender Mindestlohn in Deutschland eingeführt wird, der eine existenzsichernde Entlohnung garantiert.

„Gute Arbeit für Europa - gerechte Löhne und soziale Sicherheit“

VON MARGIT SCHWARM

„Herzlichen Dank an die Gewerkschaften“, so begann Prof. Dr. Gesine Schwan, Präsidentin der Humboldt-Universität, ihre Rede bei der Großkundgebung am Kornmarkt in Nürnberg, „sie leisten einen sehr wertvollen Dienst für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik. Der Tag der Arbeit ist wichtig, weil die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland immer weiter auseinandergeht. Das hat mit der Agenda 2010 zu tun, die dazu beigetragen hat, dass ein Viertel der deutschen ArbeitnehmerInnen an der unteren Einkommensgrenze verdienen. Diese Diskrepanz muss behoben werden.“

Der Exportüberschuss in Deutschland reicht nicht aus. Die Politik der Entbehren in einigen europäischen Ländern führt in die Rezession, diese Länder werden also kein Geld mehr haben, um bei uns einzukaufen. Deshalb ist eine Ausgewogenheit in Europa bei Binnennachfrage und Export wichtig. Gute Arbeit heißt daher auch, dass es in Deutschland Arbeit geben muss, deren

Entlohnung der Binnennachfrage dient und die außerdem ArbeitnehmerInnen wieder an Entscheidungen teilhaben lässt“.



Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD beteiligte sich am Demonstrationszug für gerechte Löhne und gegen Sozialabbau vom Aufseßplatz zum Kornmarkt. Am AfA-Infostand wurde das Angebot, die Petition: JA zu mehr Kinderbetreuung - NEIN zum Betreuungsgeld! zu unterschreiben, rege angenommen. Zum Gespräch für die Bürger standen StadträtInnen, BezirksrätInnen und Abgeordnete zur Verfügung.

Die AfA fordert:

WER ALLES GIBT – hat mehr verdient.

- Eine GERECHTE ORDNUNG auf dem Arbeitsmarkt; wir wollen nicht Arbeit um jeden Preis sondern gute Arbeitsbedingungen und Arbeit, die gerecht entlohnt wird.
- Einen GESETZLICHEN und FLÄCHENDECKENDEN MINDESTLOHN
- GERECHTE LÖHNE für GUTE ARBEIT für Frauen und Männer; Frauen verdienen im Schnitt 23 Prozent weniger als Männer, die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern muss gesetzlich geschlossen werden.
- TARIFVERTRÄGE stärken, Tarifverträge müssen leichter allgemein verbindlich werden. Öffentliche Aufträge dürfen nur an Betriebe gehen, die tariftreu sind.
- REGULÄR statt PREKÄR Leiharbeit und Befristung zurückdrängen; unbefristete und sozial abgesicherte Arbeit muss wieder die Norm werden!

Fazit: Die Menschen wollen sichere und gut bezahlte Arbeit, mit der sie ihre Existenz sichern können! ■

Abschiedsfeier unseres Geschäftsführers Hans Makilla: Schee war's!



Rechtsextremismus gemeinsam bekämpfen

Arbeitskreis gegen Rechts feierte zum vierten Mal den Tag der Befreiung in Nürnberg

VON MICHAEL ZIEGLER

■ Schon zum vierten Mal organisierte der Arbeitskreis gegen Rechts der SPD Nürnberg zusammen mit über 30 Partnern, darunter die offene Kirche St. Klara und die Katholische Hochschulgemeinde, das Fest der Demokratie und Befreiung. Am 20. April wollten die Organisatoren feiern, denn an diesem Datum wurde Nürnberg durch die Armee der USA vom Naziterror befreit. Dabei wird das Fest nicht als Gedenktag aufgezogen, sondern dem heutigen Engagement gegen Rechtsextremismus gewidmet. Ein besonderer Hingucker war in diesem Jahr eine sogenannte „Braune

Wand“ aus großen Kisten, die ver.di Mittelfranken erstellt hatte. Die Aufgabe war es nun, gemeinsam diese Wand einzureißen.



In den Trümmern der Wand fand dann an der Königstraße eine Kundgebung statt,

zu der Stadtrat und Arbeitskreissprecher Michael Ziegler den Vertreter der Stadt, Harry Riedel, den bekannten Zeitzeugen Ernst Grube und den Sprecher gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg, Michael Helmbrecht, zu Statements bitten konnte. Wieder konnte ein buntes Straßenfest organisiert werden. Zu einem intensiven Austausch trafen sich Ernst Grube, der auch Landessprecher des VVN-BdA ist und Michael Helmbrecht unter dem Motto „Aus der Geschichte lernen – Rechtsextremismus gemeinsam bekämpfen“ in den Räumen der katholischen Hochschulgemeinde. ■

10 Jahre im Dienst der Bürgerinnen und Bürger

Uli Maly seit 2002 im Amt des Nürnberger Oberbürgermeisters

■ Dr. Ulrich Maly der waschechte Nürnberger, ist nun seit dem 1. Mai 2002 Oberbürgermeister von Nürnberg. Vorher war er bereits 6 Jahre Kämmerer der Stadt. Seine stadtpolitischen Schwerpunktthemen sind Bildung und Gerechtigkeit; Beschäftigung in Nürnberg, regionale strategische Allianzen (zum Beispiel Europäische Metropolregion Nürnberg), Stadtentwicklung und Verkehr, Kultur und Lebensqualität als Standortfaktor. Für die Idee einer solidarischen Stadtgesellschaft tritt Uli Maly seit seinem Amtsantritt ein: Unter dem Motto „Stadtpolitik im Dialog“ befürwortet er politische Entscheidungen als Ergebnis einer umfassenden gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Beispiel dafür sind u. a. auch die von ihm eingeführten „mobilen Bürgerversammlungen“, bei denen er zusammen mit der Stadt- und Verwaltungsspitze in die Stadtteile radelt und Probleme mit Bürgerinnen und Bürgern vor Ort diskutiert.

dsp: Wie hat dich das Amt des Oberbürgermeisters in den letzten 10 Jahren verändert?

Uli Maly: Man wird ernster – und vielleicht sogar schweigsamer, selbst im privaten Umfeld. Äußerlich habe ich mich nicht verändert, ich passe auch nach 21 Jahren noch in meinen Hochzeitsanzug und habe nicht die klassische Figur eines bayerischen Bürgermeisters.

dsp: Hebt man nach zehn Jahren als Oberbürgermeister langsam ab?

Uli Maly: Ich versuche, der Entrückung, die ja immer eine Gefahr in solch einem Amt ist, zu begegnen. Ich bemühe mich, normal und immer ansprechbar zu bleiben. Ich bin mit meiner Familie ganz normal in der Stadt unterwegs und rege mich nicht auf, wenn ich in der Schlange stehen muss. Ich versuche in keinem Fall unersetzlich zu sein. Es gibt ja Kollegen die nach zehn Minuten im Urlaub nervös werden, wenn kein Fax eintrifft. Ich werde nervös, wenn im Urlaub das Fax aus der Maschine kommt oder ich sieben Rückrufe auf dem Handy habe. Aber insgesamt verändert einen das Amt. Allein das physische Pensum hinterlässt Spuren.

dsp: Über welche Erfolge freust du dich besonders, wenn du an die letzten 10 Jahre denkst?

Uli Maly: Dass es uns mit der Metropolregion gelungen ist, den Streit unter den Städten und zwischen Land und Stadt zu überwinden. Der Ausbau vom VGN ist si-

als friedlich feiernde Gastgeber präsentierten. Es gibt aber noch viele weitere tolle Erlebnisse, wo man als Oberbürgermeister stolz ist auf seine Stadt.

dsp: Was steht noch ganz oben auf der Agenda?



cherlich auch ein schöner Erfolg. Mit der Streifenkarte kann man zwischenzeitlich in fast ganz Nordbayern fahren. Ganz wichtig ist aber zweifellos der Dialog mit

Uli Maly: Wir wollen uns weiter stark machen für mehr Kinderbetreuung. Wir brauchen mehr Grün in der Stadt. Wie schon angesprochen, ist mir die weitere Reduzierung der Arbeitslosigkeit ein ganz wichtiges Anliegen. Langzeitarbeitslose und Jugendliche ohne Job müssen gefördert werden.



den Bürgern. Auch dass es uns gelungen ist, die Arbeitslosigkeit in der Stadt zu reduzieren, obwohl da noch eine ganze Menge Arbeit vor uns liegt.

dsp: Was war deine größte Freude im Amt als Oberbürgermeister?

Uli Maly: Eine der größten Freuden war sicherlich, dass sich die Nürnberger bei der Fußball-WM 2006 der ganzen Welt

dsp: Im März 2014 finden die nächsten Kommunalwahlen statt, du willst da auch wieder für das Amt des Oberbürgermeisters antreten?

Uli Maly: Ja, das will ich, wenn mich die SPD wieder aufstellt, wird das wohl so sein. Ich habe auch keine Pläne für München oder Berlin. Meine Heimat ist Nürnberg.

dsp: Lieber Uli, wir danken dir für deinen großen Einsatz für die Stadt, aber auch für unsere Nürnberger SPD. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit in den nächsten Jahren mit dir als Oberbürgermeister von Nürnberg. ■



Werdet WILD und tut schöne Dinge!

Sommerncamp vom 7. bis 21.08.2012 mit den Falken

■ Auf diesem Camp soll es vor allem eins geben: Freiräume! Gemeinsam wollen wir uns viele Freiräume schaffen, in denen wir wild werden und schöne Dinge tun können. Eurer Kreativität könnt ihr auf diesem Camp mit vielen verschiedenen Mitteln Ausdruck verleihen. Gleichzeitig könnt ihr das tolle Abenteuer erleben, gemeinsam mit anderen in Zelten zu übernachten und abends am Lagerfeuer bei Stockbrot und Marshmallows Geschichten zu lauschen und Lieder zu singen.

Die Sportlichen unter euch werden mit Sicherheit zahlreiche Gelegenheiten finden, sich auszuupern. Für die Wasserratten unter euch findet sich auch ein Schwimmbad in der Umgebung des Zeltplatzes, dem wir natürlich den einen oder anderen Besuch abstatten werden.

Eines ist sicher: Langweilig wird es auf dem Camp bestimmt nie! Wir freuen uns auf zwei tolle Wochen mit euch und bis

dahin: Seid WILD und FRECH und Wunderbar! Anmelden könnt ihr euch online unter: www.falken-franken.de ■

Nürnberg's Grünanlagen vermüllt

VON CLAUDIA EICHINGER

■ Die ersten warmen Sonnenstrahlen des Jahres locken auch 2012 wieder Bürgerinnen und Bürger in die schönen Nürnberger Grünanlagen wie auf die Wöhrder Wiese, an den Marienberg oder auch an den Großen Dutzendteich.

Doch beim sonntäglichen Picknick, Grillen oder einfach nur Faulenzen in der Sonne vergessen leider immer mehr Menschen, hinter sich aufzuräumen und ihren Müll zu entsorgen. So hat der Servicebetrieb Öffentlicher Raum Nürnberg (Sör) schon in den ersten Monaten des Jahres 2012 im Vergleich zum Vorjahr einen deutlichen Anstieg des Müllvolumens auf den Freiflächen verzeichnet. Bereits zu Neujahr zeichnete sich dieser Negativ-Trend ab: Wie die Stadt Nürnberg mitteilte, mussten 17 Tonnen Müll entsorgt werden – ca. 70 Prozent mehr als 2011.

Doch nicht nur die Umweltverschmutzung ist ein großes Problem, auch das Stadtbild leidet und die Aufenthaltsqualität auf den

Grünflächen wird gemindert – genau auf denjenigen Grünflächen, auf denen wir

Achten wir aber alle gemeinsam auf „unsere“ Grünflächen, sammeln unseren Müll



Sauber ist er ein Idyll: der Marienbergpark

alle das schöne Wetter frei von Müll genießen wollen. Und um die nötige Sauberkeit wieder herzustellen, müssen die Kommunen enorme Summen aufwenden – bundesweit sind es rund 800 Millionen Euro pro Jahr. Geld, das letztlich vom Steuerzahler aufgebracht werden muss.

auf und heben vielleicht sogar mal etwas auf, das nicht von uns selbst stammt, können wir gemeinsam einen wichtigen Beitrag zu einem schönen und vor allem sauberen Stadtbild leisten! ■

BEITRITTSERKLÄRUNG

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS



BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich beantrage die Aufnahme in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD):

(* sind Pflichtfelder)

Name*	Vorname*	Titel	
Geburtsdatum* (Tag/Monat/Jahr)		Geschlecht*:	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich
Staatsbürgerschaft*:	<input type="checkbox"/> Deutsch <input type="checkbox"/> EU-Bürger/in	<input type="checkbox"/> Nicht-EU-Bürger/in	
	Land	Land	
Straße/Hausnummer*		Postleitzahl/Wohnort*	
E-Mail-Adresse	Telefon/Handy/Fax, privat	Telefon/Fax, dienstlich	
Beruf/beschäftigt bei			
Beschäftigungsverhältnis:			
<input type="checkbox"/> Angestellte(r)	<input type="checkbox"/> Arbeiter(in)	<input type="checkbox"/> Selbstständige(r)	<input type="checkbox"/> Schüler(in) bzw. Student(in)
<input type="checkbox"/> Hausfrau/-mann	<input type="checkbox"/> Beamtin/Beamter	<input type="checkbox"/> Azubi	<input type="checkbox"/> Rentner(in) , Pensionär(in)
<input type="checkbox"/> Landwirt(in)	<input type="checkbox"/> Berufssoldat(in)	<input type="checkbox"/> Leitende(r) Angestellte(r)	<input type="checkbox"/> arbeitssuchend <input type="checkbox"/> anderes
Name und Anschrift des Werbers/der Werberin			
Frühere Parteimitgliedschaft in der SPD von/bis		Gewerkschaft/ andere Verein	

Die hier erhobenen personenbezogenen Daten werden entsprechend der Datenschutzgesetze und der Datenschutzrichtlinie der SPD ausschließlich für die Parteiarbeit insbesondere zum Zwecke der Mitgliederverwaltung, der Mitgliederinformation, der Mitgliederbetreuung und -bindung (z.B. SPD-Card) sowie des Beitragsabzugs im erforderlichen Umfang – auch durch Datenträgeraustausch – mithilfe von Computern (automatisiert) elektronisch gespeichert, verarbeitet und genutzt.

- Ich bin damit einverstanden,
- Ich bin nicht damit einverstanden, (Zutreffendes bitte ankreuzen)

dass meine Kontaktdaten (Name, Vorname, Adresse, E-Mail-Adresse) an die örtlichen SPD-Abgeordneten (MdB, MdL, MdEP, SPD-Gemeindefraktion) sowie an die Friedrich-Ebert-Stiftung für die Übersendung von Einladungen und Informationsmaterial weitergegeben werden können. Dieses Einverständnis kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.



Ort, Datum

Unterschrift

BEITRITTSERKLÄRUNG



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

BEITRAGSTABELLE

Im Jahr 2011 hat der Parteitag in Berlin nachfolgende Beitragstabelle beschlossen:

Der monatliche Mitgliedsbeitrag für Mitglieder mit steuerpflichtigem Einkommen beträgt mindestens 5,00 €. Jedes Mitglied wählt im Rahmen seines Einkommens eine Beitragsstufe:

Monatsnettoeinkommen				
Bis 1.000 €	bis 2.000 €	bis 3.000 €	bis 4.000 €	ab 4.000 €
Monatsbeiträge				
5 €	7,50 €	25,00 €	45,00 €	100,00 €
	15,00 €	30,00 €	60,00 €	150,00 €
	20,00 €	35,00 €	75,00 €	250,00 € und mehr

Für Mitglieder ohne Erwerbseinkommen, Pensionen, Renteneinkünfte oder vergleichbare Einkommen beträgt der monatliche Mitgliedsbeitrag 2,50 €.

Für Mitglieder, die zugleich einer anderen Partei angehören, die Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) ist, beträgt der monatliche Beitrag 2,50 €, wenn sie ihre Beitragsverpflichtungen gegenüber dieser Schwesterpartei erfüllen.

Bis zu einer Gesamthöhe von 1.650 € (3.300 € bei gemeinsam veranlagten Ehegatten) werden Beiträge und Spenden zu 50 % von der Einkommensteuer abgezogen. Bis zu weiteren 1.650 € bzw. 3.300 € können vom zu versteuernden Einkommen abgezogen werden.

Bitte senden Sie die Beitrittserklärung an Ihre zuständige Geschäftsstelle. Sollte die Adresse nicht bekannt sein, können Sie die Beitrittserklärung auch an den SPD-Parteivorstand, Referat Mitgliederwerbung, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin, Fax: 030 – 2 59 91 315 senden. Oder treten Sie im Internet in die SPD ein: www.eintreten.spd.de

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Hiermit ermächtige ich die SPD widerruflich, meinen Parteibeitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Beitrag (EUR pro Monat) _____ Einzugsrhythmus: vierteljährlich halbjährlich jährlich

Bankleitzahl _____

Geldinstitut _____

Kontonummer _____

Kontoinhaber(in) _____



Ort, Datum

Unterschrift



Die SPD ist und bleibt eine Mitgliederpartei

Wir wollen eine Partei zum Mitgestalten

VON CHRISTIAN VOGEL

■ In den letzten Jahren hat die SPD deutschlandweit nicht unerheblich Mitglieder verloren. Auch Nürnberg geht es da nicht anders. Obwohl seit einigen Jahren wieder mehr neue Mitglieder den Weg zur SPD finden als Mitglieder die SPD durch Austritt verlassen, ist der jährliche Mitgliedersaldo leider negativ. Grund ist schlicht, dass wir viele ältere Mitglieder haben, die dann leider auch versterben. Als älteste Partei in Deutschland ist das aber ganz normal. In 2013 werden wir 150 Jahre alt werden. Ein Alter, das andere Parteien nicht einmal gemeinsam schaffen ... Damit wir auch die nächsten 150 Jahre erfolgreich für unsere Stadt und unser Land arbeiten können, brauchen wir Unterstützung. Unser Ziel muss es deshalb gemeinsam sein, wieder mehr Mitstreiterinnen und Mitstreiter für die politische Arbeit vor Ort zu gewinnen.

SPD zum Mitgestalten

Wir wollen eine SPD zum Mitgestalten. Unsere Partei lebt durch ihre Mitglieder. Sie prägen das Gesicht der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Jede/r Einzelne von unseren Mitgliedern verkörpert das, wofür unsere Partei steht: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir sind und bleiben eine Mitgliederpartei. Je aktiver unsere Mitglieder sind, desto mehr lebt die Partei. Doch Engagement entwickelt sich nicht von selbst. Wir wollen deshalb unsere Mitglieder motivieren, sie in die Lage versetzen, sich für unsere gemeinsamen Ziele zu engagieren. Wir bieten eine Kultur, die Mitglieder willkommen heißt, sie fördert und ihre Meinung ernst nimmt. Eine vitale und diskussionsfreudige Mitgliederpartei bereichert unser Handeln. Sie ist Ideengeberin und erdet unsere Politik. Sie entwickelt die Konzepte von morgen über das Tagesgeschäft hinaus. Das macht uns erfolgreich.

Wir wollen uns in unserer politischen Arbeit noch stärker als bisher als Akteure in soziale Bewegungen einbringen und diese innerhalb und außerhalb unserer Partei

eine starke Stimme verleihen. Wir wollen politisches Engagement ermöglichen. Das bedeutet, offen für diejenigen zu sein, die sich engagieren wollen.



Ich bitte jeden Einzelnen von euch, dies zu unterstützen. Jeder hat in der Familie, im Freundeskreis, im Sportverein oder am Arbeitsplatz Menschen, die sich zu einer sozialdemo-

kratischen Politik bekennen. Menschen, die auch bereit sind, für eine gerechte und soziale Politik aktiv zu werden. Oftmals warten diese nur darauf, angesprochen zu werden. Lasst uns die nächsten Wochen gemeinsam nutzen, um diese Menschen auch wirklich anzusprechen und sie zu uns zu holen.

Wir heften dieser aktuellen Ausgabe vom dsp ein Aufnahmeformular zur SPD bei. Damit kann es noch leichter gehen, neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu ge-

winnen. Ich danke euch schon vorab sehr herzlich für eure Unterstützung und freue mich auf möglichst viele neue Gesichter in der Nürnberger SPD. ■

Aktuelles

Jahresbericht 2011 erschienen

Wie jedes Jahr zur Jahreshauptversammlung ist auch heuer wieder ein Jahresbericht für das abgelaufene Kalenderjahr erschienen.

In ihm zusammengefasst sind die wichtigsten Aktivitäten der NürnbergerSPD, ihrer Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise sowie der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger aller Ebenen. Der Jahresbericht zeigt sehr gut die Vielfältigkeit der Arbeit der Nürnberger SPD und ihrer Gliederungen. Der Jahresbericht steht als Online-Version auf der Homepage zum Herunterladen, oder als gedrucktes Exemplar zur Abholung im Parteibüro zur Verfügung.



Terminhinweis

Bürgerbeteiligung Wie kann die Stadtgesellschaft aktiver einbezogen werden?

Termin: Freitag, 22. Juni 2012

Ort: Nürnberger Rathaus,
Sitzungssaal des Stadtrates,
Fünferplatz, 90403 Nürnberg
Beginn: 17.00 Uhr

Begrüßung: Christian Vogel, Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion
Impulsvorträge:

Prof. Dr. Hans J. Lietzmann, Leiter der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung an der Universität Wuppertal
Prof. Dr. Klaus J. Beckmann, Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik

Moderation: Gerald Raschke, planungspolitischer Sprecher der SPD-Stadtratsfraktion

Termine

04.06.12 19:30 Uhr
 SPD Hasenbuck:
 Rote Runde
 Gasthof Süd, Ingolstädter
 Str. 51

05.06.12 19:30 Uhr
 SPD Laufamholz:
 Mitgliedertreffen
 Sportheim Laufamholz,
 Schupferstrasse 81

05.06.12 19:30 Uhr
 SPD Reichelsdorf:
 Mitgliederversammlung
 SVR Sportgaststätte,
 Schlöbleinsgasse 9

05.06.12 20:00 Uhr
 SPD Großgründlach:
 Mitgliederversammlung
 SFG-Sportheim,
 Würzburger Str. 61

11.06.12 19:30 Uhr
 SPD Siedlungen Süd:
 Aktivensitzung
 Gaststätte des TSV Falken-
 heim, Germersheimer Str.
 86

12.06.12 14:00 Uhr
 SPD Almoshof/ Thon:
 Nachmittagstreff
 des Ortsvereins mit Kaffee
 und Kuchen von der Arbei-
 terwohlfahrtKulturladen
 Schloss Almoshof, Almos-
 hof Hauptstr. 51

12.06.12 18:00 Uhr
 SPD Gostenhof:
 Ortsvereinstreff
 Nachbarschaftshaus Go-
 stenhof Adam-Klein-Str. 6

GBW-Wohnungen: Sparpolitik auf dem Rücken der Mieter

VON ANGELIKA WEIKERT

■ Verunsicherung, aber auch große Verärgerung konnte ich in den vergangenen Monaten bei zahlreichen Gesprächen mit Mieterinnen und Mietern der GBW-Gruppe spüren. Denn trotz aller Bekundungen, sich für die GBW-Mieter einzusetzen, verweigert sich Schwarz-Gelb bislang allen konkreten Maßnahmen zum Schutz der GBW-Mieter. Anfang Mai lehnten CSU und FDP erneut einen Dringlichkeitsantrag der SPD ab, der den Kauf der Wohnungen durch die Staatsregierung oder eine staatliche Stiftung forderte und sich für weitgehende Schutzrechte der Mieter einsetzte.

Die Folgen von Stoibers Landesbankabenteuern

Mit ihrer Ablehnungen wecken CSU und FDP einmal mehr Zweifel, ob sie die Sorgen der Menschen in den 34.000 GBW-Mietwohnungen wirklich ernst nehmen. Nach wie vor behauptet die Staatsregierung fälschlich, die EU-Kommission erlaube ihr einen Kauf der GBW-Wohnungen nicht. Tatsächlich geht es Seehofer und Söder jedoch darum, ihre unrealistischen Entschuldungspläne umzusetzen: Die Aktien der GBW-Gruppe gehören zu 92 Prozent der Bayerischen Landesbank. Durch die von Stoiber unterstützten Finanzabenteuer der Landesbank sind die bayerischen Schulden seit 2008 um 10 Milliarden Euro gestiegen. Die Landesregierung will nun durch einen Verkauf der GBW einen Teil des an die Landesbank gewährten 10 Milliarden-Kredits zurückerhalten.

Die GBW muss in öffentlicher Hand bleiben!

Anders als von Söder bislang zugesichert, wird es nun wohl doch zu einem offenen Bieterverfahren um die GBW-Wohnungen kommen. Die Gefahr steigt, dass die Wohnungen bei einem Verkauf an private Investoren zu Spekulationsobjekten zu werden. Wir brauchen deshalb dringend konkreten Mieterschutz durch zusätzliche

Sozialklauseln zu den Mietverträgen. Dazu gehören zum Beispiel ein lebenslanges Wohnrecht für Mieter über 60 Jahre, sowie ein Verzicht auf Wohnungsspekulation und preistreibende Luxusmodernisierungen. Zentrale Forderung bleibt für uns aber, dass der Freistaat Bayern den Wohnungsbestand übernimmt.

Die Staatsregierung muss endlich handeln

Die GBW-Mieter merken zunehmend, was die vollmundigen Entschuldungspläne von Seehofer und Söder für sie konkret bedeuten. Be-



reits Ende des vergangenen Jahres habe ich gemeinsam mit meinen Landtagskollegen Helga Schmitt-Bussinger und Stefan Schuster die Nürnberger GBW-Mieter in einem Brief zur aktuellen Lage und zu den Forderungen der SPD informiert. Nach allen Kräften helfe ich nun in Nürnberg und Erlangen Mieterinitiativen, die sich unter anderem mit Petitionen an den Bayerischen Landtag wenden. Diese Initiativen müssen wir auch in den kommenden Wochen und Monaten unterstützen, damit die Anliegen der Menschen bei Seehofer und Söder Gehör finden! Denn allein im Großraum Nürnberg sind die Mieter von weit über 5.000 GBW-Wohnungen betroffen! ■

Die Piraten – radikaler Individualismus als Partei

VON GÜNTER GLOSER

Die Piraten sind mit voller Kraft in der politischen Deutschen Bucht eingesegelt. Aktuelle Umfragewerte sehen sie bundesweit bei 10 – 12 %, auch wenn ca. 50 % der Befragten angeben, nichts über das Parteiprogramm zu wissen. Viel Glorifizierendes und Kritisches ist über sie bereits



geschrieben worden. Ihre rasant wachsende Mitgliederzahl und lebendigen neuen Diskussionsformen zeigen an, dass in jedem Fall mit ihnen mittelfristig zu rechnen ist. Als bald 150-jährige Partei können wir es uns nicht erlauben, sie einfach fatalistisch als neues Phänomen hinzunehmen. Daher halte ich einige Anmerkungen aus sozialdemokratischer Sicht für angebracht:

Historisch haben die Piraten sich als eine Interessengemeinschaft entwickelt, die das eigene Handeln im Internet von staatlichen oder wirtschaftlichen Einflüssen abschotten will. Umgekehrt fordern die Piraten die Einsicht in alle Informationen des Staates – und auch von Wirtschaftsunternehmen. Bei allem Verständnis für Informationsfreiheit ist das eine radikale staatsverneinende Haltung, die z. B. das Handeln von Strafverfolgungsbehörden unterminiert. Mich wundert, dass dieses Problem nicht bereits stärker kritisiert worden ist.

Mit ihrem „Liquid Democracy“-Ansatz versuchen die Piraten eine neue Mischform von repräsentativer und direkter Demokratie – zunächst eine durchaus diskussionswürdige Form der Meinungsfindung. Ich habe nur ein Problem damit, wenn diejenigen, die entscheiden, nicht mehr als Person, sondern nur noch als anonymisierte Meinungseinspeiser vorhanden sind. Politische Verantwortung bedarf immer einer Zuordnung zu Personen. Aktuell sehen wir in der Piratenpartei, dass Verantwortungsübernahme in Parteiämtern und Parlamenten große Schwierigkeiten bereitet.

Nun zum Kernthema der Piraten, dem Urheberrecht: Als Sozialdemokraten müssen wir darauf achten, dass die Interessen der finanziell schwächer gestellten Künstler nicht zwischen den großen Medienkonzernen und den lautstarken Forderungen nach Legalisierung illegaler Downloads zerrieben werden.

Der sehr staatsferne politische Grundansatz der Piraten wird auf Dauer nicht tragen und sie irgendwann zu einer Entscheidung zwischen Realpolitik und Oppositionsfundamentalismus zwingen. Schon jetzt nehmen die Piraten vor allem vom Staat – insbesondere Wahlkampfkostenersatzung. Was er ihnen gibt – vor allem öffentliche Infrastruktur und Bildung – scheint ihnen eine Selbstverständlichkeit zu sein.

Die Piraten vertreten jedenfalls ein liberalistisches Menschenbild nach dem Motto „Jeder kann tun und lassen, was er/sie will“, das diametral zu den beiden sozialdemokratischen Grundwerten der Gerechtigkeit und Solidarität steht. ■

Die Kolumne

VON PETER SCHMITT

Eine Zeitungskolumne ist stets der Wahrheit verpflichtet. Deshalb muss hier freimütig bekannt werden, dass auch unsereins sich irren kann. Von wegen „Fürth steigt niemals auf“, wie an dieser Stelle vor geraumer Zeit behauptet wurde. Die Wahrheit lautet: Fürth ist der Aufsteiger schlechthin.

Ein Blick auf die Wirtschaftsdaten der kleinen Schwester verbietet jeden Zweifel. Das eine oder andere Ergebnis lässt Nürnberg ganz schön alt aussehen. Jetzt ist sowieso alles klar. Wer redet noch von Bayern und München, vom Club ganz zu schweigen. Meisterschaft und Champions-League werden künftig am Ronhof entschieden.



Zeichnung: Eleonore R.

Der Kolumnist zog sich, als er noch in ähnlicher Mission für ein Weltblatt tätig war, mit einer abschätzigen Bemerkung über die Nachbarstadt den Zorn von 115.000 Einwohnern zu. Dem sei endlich Abbitte geleistet. Wie muss es richtig heißen: Von Fürth lernen, heißt fliegen lernen, oder so ähnlich.

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg
Verantwortlich: Olaf Schreglmann
Redaktion: Christian Vogel, Dr. Christian Pröbiuß, dsp@spd-nuernberg.de
Redaktionsanschrift:
der springende punkt, Karl-Bröger-Str. 9,
90459 Nürnberg, Tel.: 0911 - 4389650

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



Termine

12.06.12 19:30 Uhr
 SPD Worzeldorf:
 Aktiventreffen
 Sportgaststätte SC-Worzeldorf,
 Friedrich-Overbeck-Straße

12.06.12 19:30 Uhr
 SPD Ziegelstein:
 Ortsvereinssitzung
 Gaststätte TUSPO Nürnberg,
 Herrnhüttestraße 75

12.06.12 19:30 Uhr
 SPD Nordostbahnhof:
 Mitgliederversammlung
 AWO-Treff, Leipziger Str. 55

12.06.12 19:30 Uhr
 SPD Johannis:
 OV Treffen
 Restaurant ATHOS,
 Johannisstr. 118

14.06.12 19:00 Uhr
 SPD Rangierbahnhof:
 Aktivensitzung
 Gaststätte ESV Rangierbahnhof,
 Friedrich-List-Weg 10

15.06.12 19:00 Uhr
 SPD Almoshof/ Thon:
 Stammtisch
 Eröffnung der Kirchweih in Lohe
 Festzelt am östlichen Ende der Loher Haptstraße

16.06.12 00:00 Uhr
 SPD Siedlungen Süd:
 Sommerfest

Sind die Abgaben zu hoch?

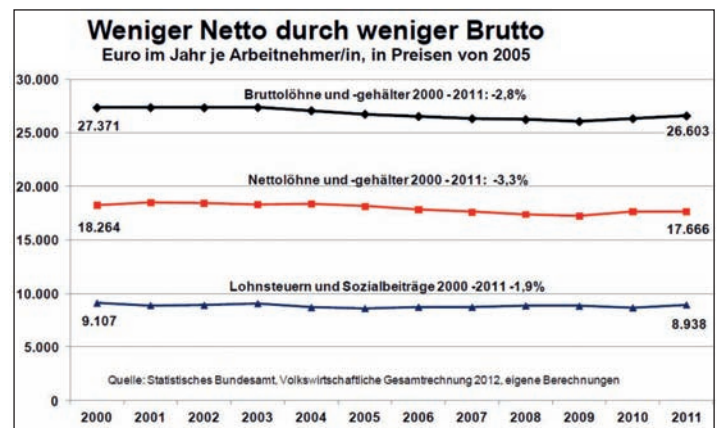
Die Nettolöhne sind nach Abzug der Inflation seit 2000 um über drei Prozent gesunken. Manche Unternehmer und auch Medien wollen uns dabei weismachen, Grund seien gestiegene Steuern und Abgaben. Tatsächlich aber stiegen Lohnsteuern und Sozialbeiträge weniger als die Preise. Inflationsbereinigt sind sie also gesunken, von einem „Rekordhoch“ keine Spur.

Das Problem liegt demnach beim Brutto: Die Lohnzuwächse waren schlicht zu gering, geringer als die Preissteigerung. Preisbereinigt sanken die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten um drei Prozent. Zu verteilen gab es durchaus etwas. Doch der Zuwachs landete ausschließlich bei den Gewinnen und Vermögenseinkommen: Sie stiegen seit 2000 so stark, dass selbst nach Abzug der Preissteigerungen noch ein Zuwachs von 25 Prozent blieb. Zugleich sanken Renten und Arbeitslosengeld, Kranke müssen immer mehr Kosten selbst tragen. Viele Städte leben trotz drastischer Kürzungen und Sparrunden von der Hand in den Mund.

Der Sozialstaat hat nicht zu viel, sondern zu wenig Geld.

Propaganda gegen Steuern und Sozialbeiträge soll davon ablenken, dass große Unternehmen und Vermögende in vielen Fällen immer reicher werden und dabei viel zu wenig Steuern zahlen.

Wir brauchen daher endlich wieder eine gerechtere Verteilung: Dazu gehören zum einen vernünftige Lohnsteigerungen, vor allem aber



mehr Steuergerechtigkeit. Nur das bringt mehr Netto, mehr Geld für den Sozialstaat und mehr Kaufkraft für eine stabilere Wirtschaft. ■

SPD-Kinderfest: Überschuss bringt Hauswirtschaftsprojekt voran

Beim 37. Kinderfest des Arbeitskreises Knoblauchsland der SPD wurde im September 2011 ein Reinerlös in Höhe von 4.500 EUR erwirtschaftet, der dem Patenprojekt „Hauswirtschaft – Service“ der Boxdorfer Werkstatt zur Verfügung gestellt wird. Der weitere Ausbau der Arbeitsgruppe Hauswirtschaft soll körperbehinderten Menschen die Tätigkeit im Hauservice erschließen. Mit der nun übergebenen Spende wird der Grundstock der Küchenausstattung erweitert.

Das Hauswirtschaftsteam freute sich bei der Scheckübergabe über die großzügige Spende. „Endlich können wir uns eine richtige Profiküchenmaschine mit einem Rühr- und Knetwerk anschaffen“, so die Beschäftigten der Arbeitsgruppe Hauswirtschaft. Dieses Großküchengerät wird auch bei den in diesem Jahr anstehenden Jubiläumsfeiern des „Vereins für Menschen

mit Körperbehinderung Nürnberg e.V.“ zum Einsatz kommen.



Zusammen mit der Spende aus dem 37. Kinderfest konnte der Arbeitskreis Knoblauchsland der SPD dem „Verein für Menschen mit Körperbehinderung in Nürnberg e.V.“ seit 1975 insgesamt 91.980 Euro zur Unterstützung seiner sozialen Arbeit zur Verfügung stellen. ■

Timoschenko und die Europameisterschaft: Jusos fordern glaubwürdige Menschenrechtspolitik

VON NASSER AHMED & MAXIMILIAN BÄR

■ Es war das beherrschende Thema im Vorfeld der Fußball-Europameisterschaft in Polen und der Ukraine. Wie gehen deutsche PolitikerInnen mit der Menschenrechtslage in der Ukraine um und sollen sie die Gastgeber durch Abwesenheit strafen?

Es gilt den Fall differenziert zu betrachten: Der mediale „Hype“ verengt das Problem der Men-



schenrechtslage in der Ukraine auf die ehemalige Ministerpräsidentin des Landes, Julija Timoschenko. In der Ukraine liegen viele Menschenrechtsverletzungen vor, u. a. in Form eines korrupten Justizsystems, in der politischen Verfolgung Oppositioneller, in willkürlicher Polizeigewalt sowie Folter. Diese Lage betrifft nicht nur eine Person, sondern es handelt sich um viele Betroffene. Wir fordern deshalb, nicht nur Symbolpolitik zu betreiben, sondern die EM zu nutzen, um Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine konstruktiv zu thematisieren.

Langfristig ist es angezeigt, die deutsche Außenpolitik zu überdenken. Menschenrechtspolitik wird zwar gern im Munde geführt, die Dominanz wirtschaftlicher Interessen macht das Eintreten für Menschenrechte jedoch oft beliebig, selektiv und somit unglaubwürdig. Wieso spricht man über die Ukraine, nicht jedoch über

Staaten, in denen die Lage noch schlimmer ist? Oder wie passt Menschenrechtspolitik damit zusammen, dass Deutschland einer der größten Waffenexporteure ist?

Künftig gilt es für uns Jusos, außenpolitisch drei wesentliche Dinge zu beachten:

■ Erstens müssen dort, wo Menschenrechtsverletzungen geschehen, Betroffene zu Beteiligten gemacht werden. Das heißt nicht nur Menschenrechtsverletzungen dauerhaft anzuprangern, sondern positive Entwicklungen vor Ort zu fördern, NGOs zu unterstützen und Oppositionsbewegungen zu stärken. Dieser Weg muss diplomatisch durch Dialog mit den Regierungen begleitet werden und im Extremfall auch Entschlossenheit zur Konfrontation beinhalten: Harte Sanktionen bzw. der Abbruch von wirtschaftlichen Beziehungen auch zu unserem Nachteil!

■ Zweitens muss Deutschland sich für den weiteren Ausbau und die Stärkung von supranationalen Institutionen stark machen, so dass nationale Interessen bei der Durchsetzung von Menschenrechten keine vordergründige Rolle spielen.

■ Drittens dürfen Menschenrechte nicht von westlichen PolitikerInnen instrumentalisiert werden, ihr Image zu pflegen, oder ein wie auch immer geartetes westliches politisches System als Maß der Dinge zu stilisieren. Es sind nämlich nicht unsere Menschenrechte, die irgendwem gebracht werden sollen, sondern universelle Menschenrechte, zu deren Umsetzung alle Staaten verpflichtet sind.

Boykotte von Sportveranstaltungen dienen dem Image der Boykottierenden, im Mittelpunkt sollten jedoch tatsächliche Versuche stehen, Menschenrechtsverletzungen auf allen Ebenen effektiv zu bekämpfen – nicht nur durch Symbolpolitik und in Sonntagsreden! ■

Termine

18.06.12 19:00 Uhr
SPD Muggenhof:
Mitgliederversammlung
Don Bosco Jugendwerk,
Don Bosco Str. 2 - hinter
Möbel Wermuth an der
Sigmundstr., Lausnich-
Club im Keller, Nähe U-
Bahnhof Muggenhof

20.06.12 19:30 Uhr
SPD Hummelstein:
Aktiventreff
„Lichtenhofer Wirtshaus“
Gyulaer Str. 5 Stammtisch

21.06.12 17:00 Uhr
SPD Nürnberg AfA:
Sitzung
SPD Sitzungszimmer,
Karl-Bröger-Str. 9

21.06.12 18:30 Uhr
SPD Südwest:
Politischer Stammtisch
Kantine am Leiblsteg,
Neustädter Straße 112

22.06.12 19:00 Uhr
SPD Almoshof/Thon:
Kirchweih-Eröffnung
Kleinreuth hinter der Veste
Festzelt am östlichen Ende
der Mittelstraße

24.06.12 11:00 Uhr
SPD Gostenhof:
Frühschoppen
Schanzenbräu Schankwirt-
schaft Adam-Klein-Str. 27

28.06.12 18:00Uhr
AWO Nürnberg:
Erzähltisch mit Hilde Pohl
und Yogo Pausch
AWOthek, Karl-Bröger-
Straße 9.

SPD Nürnberg - Karl-Bröger-Straße 9 - 90459 Nürnberg

Termine

29.06.12 18:00 Uhr
SPD Rangierbahnhof:
52. Sommerfest mit Musik
18-22 Uhr, Matthäus-Herrmann-Platz 2

30.06.12 14:00 Uhr
SPD Gostenhof:
Stadtteilfest
Teilnahme am Stadtteilfest
Gostenhof rund um die
Dreieinigkeitskirche

30.06.12 17:00 Uhr
SPD Rangierbahnhof:
52. Sommerfest mit Musik
17-22 Uhr, Matthäus-Herrmann-Platz 2

01.07.12 14:00 Uhr
SPD Rangierbahnhof:
52. Sommerfest mit Musik
Bemalungsaktion, Hüpfburg,
Wurfbude und Kindereisenbahn,
Matthäus-Herrmann-Platz 2

11.07.12 19:00 Uhr
Christian Ude kommt nach Hersbruck!



Festzelt
am Plärrer,
Hersbruck
Einlass:
17:30 Uhr
Musik:

„Route 66“. Platzreservierungen für Gruppen, Vereine und SPD-Ortsvereine unter 0151/41954350

Die Reihe im dsp: Nürnberger SPD-Persönlichkeiten Leonhard (Loni) Übler (1899 – 1956)

■ Loni Übler wurde als sechstes Kind einer Arbeiterfamilie in Nürnberg-Laufamholz geboren. Nach seiner Schulentlassung hatte er Probleme bei der Lehrstellensuche, weil sich seinerzeit viele Unternehmer weigerten, während der Ausbildung einen Berufsschulbesuch zuzulassen. Dies brachte ihn frühzeitig zur Gewerkschaft, wo er sich für die Abschaffung solcher Praktiken einsetzte. Schon mit 17 wurde er zum Militär eingezogen und kam an die Front. Verwundet kam er 1919 nach Nürnberg zurück.

Als der Erste Weltkrieg vorbei ist, leiden Millionen Menschen unter Hunger, Kinder sind ohne Eltern, Kranke ohne Hilfe. In dieser Zeit, im Dezember 1919, hat die Sozialdemokratin Marie Juchacz in Berlin die Arbeiterwohlfahrt (AWO) ins Leben gerufen. Knapp ein Jahr später wurde die AWO in Nürnberg gegründet, Loni Übler war dabei und wurde einer der jüngsten ehrenamtlichen Wohlfahrtspfleger. Er wurde Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und arbeitete ab 1929 für die „Fränkische Tagespost“. Deshalb stand er schon während der Weimarer Republik in Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus. 1934 erfolgte durch die Gestapo seine Verhaftung, es begannen sieben Hochverratsprozesse. Er wurde gemeinsam mit anderen SPD-Mitgliedern aus Nürnberg verurteilt, kam zunächst nach Stadelheim und anschließend wurde er für dreieinhalb Jahre ins KZ Dachau gebracht. Nach seiner Entlassung 1937 musste er sich als „politisch unzuverlässig“ regelmäßig bei der Polizei melden. Kurz vor Kriegsende wurde Loni Übler noch zum Volkssturm eingezogen.

Nach dem Krieg baute er neben seiner beruflichen Tätigkeit bei der Ortskrankenkasse die SPD und die AWO wieder mit auf und wurde 1950 der Vorsitzende des Kreisverbandes. Er

schuf eine Reihe wichtiger Einrichtungen, u.a. das Jugendwohnheim an der MarthasträÙe, das Müttergenesungsheim in Vorra und das Kindererholungsheim in Mimbberg. Er wirkte in verschiedenen Ausschüssen der Wohlfahrt in Nürnberg mit und war Erster Vorsitzender des Vereins zur Schaffung und Förderung von Jugendwohnheimen. 1956 starb Loni Übler nach einer schweren Erkrankung.



Nachdem das Haus an der MarthasträÙe nicht mehr für die Unterkunft von Jugendlichen benötigt wurde, wurde es in einen städtischen Kulturladen umgewidmet und trägt seither den Namen Loni-Übler-Haus. ■

Terminhinweis



„Freitags um vier“, trifft sich zur nächsten Runde am 29.6.12 ab 16 Uhr im Ortsverein Siedlungen Süd dabei geht es u.a. um die Saarbrücker Str. und deren Zukunft.

Nähere Infos gibt es im Internet:
<http://spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de/termine/detail/2012-06-29-freitag-ab-vier-in-siedlungen-sued/>

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg. Nächstes Erscheinen: Anfang Juli 2012!